

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wann wird das Rheinland frei?

Das Geheimnis von Thoiry.

V. Sch. Genf, 18. September. (Eigener Drahtbericht.)

Mit der gestrigen Unterredung der beiden Außenminister Frankreichs und Deutschlands in Thoiry haben die Genfer Tage ihren für Deutschland wichtigsten Punkt überschritten. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß Briand inzwischen zurückgereist ist, wie es vor ihm bereits Chamberlain und Vandervelde getan hatten. Die nächsten Tage werden nur noch durch die Erledigung der reinen Völkerbundsarbeiten in Anspruch genommen werden, während die eigentliche deutsch-französische Aussprache vorläufig beendigt ist. Der optimistische Ton des gemeinsamen offiziellen Communiqués über die Aussprache Stresemann-Briand wird naturgemäß in Deutschland starke Hoffnungen auslösen. Diese Hoffnungen sind berechtigt, und es soll hier nichts geschrieben werden, was als ein Dämpfer auf die zuversichtlichen Äußerungen Briands und Stresemanns betrachtet werden könnte. Allerdings ist es nötig, daß man einen kühlen Kopf und realpolitischen Blick behält und nicht etwa die Räumung des gesamten besetzten Gebietes und die Rückgabe des Saargebietes noch im Laufe dieses Jahres erwartet.

Richtig ist, daß die französischen Delegierten sich vollständig dessen bewußt sind, daß die militärische Besetzung deutschen Bodens durch fremde Truppen seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund widersinnig ist und sogar gegen den Geist des Völkerbundes verstößt. Sie haben sich darüber mit einzelnen deutschen Delegierten und deutschen Pressevertretern in privaten Gesprächen ganz freimütig ausgesprochen. Insbesondere geben sie offen zu, daß nach der Friedensrede Briands, die in Deutschland starke und berechtigte Hoffnungen erwecken mußte, es ein Widerspruch in sich wäre, wenn keine entsprechenden Taten folgten. Die maßgebenden französischen Delegationsmitglieder sehen auch durchaus ein, daß ein solcher Widerspruch gefährliche Folgen haben könnte, weil die Enttäuschung, die in Deutschland über das Ausbleiben von Taten in den breitesten Schichten der Bevölkerung entstehen würde, für die Idee des Völkerbundes verhängnisvoll wäre.

Das Problem ist nun: Wie erfüllt man jene berechtigten Erwartungen im Einklang mit dem praktisch Durchführbaren? Wie liefert man dem deutschen Volke unmittelbar im Anschluß an Genf den sofortigen Beweis des guten Willens Frankreichs, ohne aus dem Rahmen des Möglichen herauszufallen?

Dies Problem ist nicht leicht zu lösen, denn was Frankreich uns sofort bieten kann, ist nicht übermäßig viel; und das, was es uns für eine absehbare Zeit in Aussicht stellen kann, bedarf noch gründlicher Verhandlungen politischer und militärtechnischer Art. Als sofortiges Zugeständnis kommt eigentlich nur die definitive Abberufung der Militärkontrollkommission in Frage. Ueber diesen Punkt ist schon in den Tagen vor der großen Unterredung zwischen Briand und Stresemann, zwischen einzelnen deutschen Delegationsmitgliedern und Briand verhandelt worden. Diese Besprechungen galten der Vereinigung der letzten noch bestehenden Differenzpunkte bezüglich der Schutzpolizei und sonstiger Kleinigkeiten. Man darf wohl hoffen, daß innerhalb weniger Tage eine Einigung erzielt sein wird, die die endgültige Abberufung der Militärkontrollkommission in den nächsten Wochen ermöglicht.

Der deutsche Außenminister hätte auch, um ein weiteres sofortiges Zugeständnis heimzubringen, mit Briand über eine weitere Herabsetzung der Besatzungstruppen um ein paar tausend Mann verhandeln können, und zweifellos würde er dabei etwas herausgeholt haben. Mit Recht aber hat er darauf verzichtet, solche Detailsfragen anzuschneiden, die den Blick von dem Gesamtproblem der Befassung abgelenkt haben würden. Sein Bestreben war daher auf die Frage gerichtet: Wie erreicht man am schnellsten nicht die Herabsetzung der Truppenstärke, sondern die Zurückziehung der gesamten Besatzungstruppen?

Man darf sich nicht verhehlen, daß weite Kreise der französischen öffentlichen Meinung noch nicht darauf vorbereitet sind, daß Frankreich auf sein vertragliches Recht verzichtet, die Befetzungsfristen voll auszunutzen. In dieser Hinsicht ist sogar in den letzten Monaten insofern ein kleiner Rückschlag eingetreten, als Briand nicht mehr vollständig Herr seiner Entschlüsse ist. Im März war er noch Ministerpräsident, jetzt ist er lediglich Außenminister eines Kabinetts, dessen Leiter Poincaré ist und in dem Männer wie Louis Marin sitzen, die fast noch schlimmer sind als Poincaré.

Dieser, so wird versichert, hat in den letzten Jahren etwas umgelernt, oder wenigstens ist er bemüht, umzulernen. Im Gegensatz zur Konferenz von Genua, während der er von Paris aus den ersten französischen Delegierten Barthou mit befehlshaberischen Telegrammen geradezu bombardierte, hat Poincaré, wie versichert wird, dieses Mal in die Genfer Verhandlungen Briands nicht störend eingegriffen. Immerhin muß Briand mit der Tatsache der gegenwärtigen Regierungskonstellation rechnen, ebenso wie mit der noch immer stark nationalistischen Einstellung großer Blätter wie „Lemps“ und „Journal“.

Unter diesen Umständen dürfte Briand das klare Versprechen einer Räumung der besetzten Gebiete bis zu einem bestimmten Termin nicht abgegeben haben. Er wird lediglich in seiner Unterredung mit Stresemann seine grundsätzliche Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben haben, das Problem einer früheren Räumung vorurteilslos zu prüfen und durch Verhandlungen mit Deutschland und den sonstigen Rheinpalzmächten von Locarno zu einem die deutschen Wünsche befriedigenden Abschluß zu gelangen.

Kabinettsrat in Paris.

Am Dienstag berichtet Briand über seine Unterredung.

Paris, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Da das Geheimnis über die Zusammenkunft zwischen Briand und Stresemann streng gewahrt worden ist, weiß die Pariser Morgenpresse nichts über die Besprechung mitzuteilen, was über das offizielle Communiqué hinausgeht. Sie ist deshalb lediglich auf Kombinationen angewiesen, die in diesem Falle nicht sehr schwer sind. Es steht nach sämtlichen Blättern außer Zweifel, daß die Frage der Rheinland-Besezung im Vordergrund der Unterhaltung gestanden hat, ebenso das Saarproblem. Man nimmt aber darüber hinaus an, daß die Besprechung einer beginnenden großen Liquidation sämtlicher Deutschland und Frankreich nach trennenden Fragen gleichkommt und einer neuen Etappe auf dem Wege deutsch-französischer Annäherung. Von den nationalistischen Rechtsblättern abgesehen, die nach wie vor die „deutsche Gefahr“ an die Wand malen, begrüßen alle Blätter diese Aussicht auf eine umfassende deutsch-französische Zusammenarbeit lebhaft und versprechen sich für beide Völker und für den Weltfrieden großen Erfolg von dieser ersten Aussprache zwischen Briand und Stresemann in dem kleinen Dorf Thoiry, der ersten offiziellen Aussprache zwischen einem deutschen und einem französischen Staatsmann auf französischem Boden seit 1871.

Am Dienstag wird hier ein Ministerrat zusammengetreten, der ausschließlich ein Exposé Briands über die Verhandlungen von Genf und die Besprechung mit Stresemann behandeln wird.

Genfer Kommissionsarbeiten.

Kommissionsberatungen über die Abrüstungskonferenz.

Der 3. Ausschuss nahm einen zusammenfassenden Bericht des Holländers Loudon, des Vorsitzenden des Vorbereitungs-ausschusses, über den gegenwärtigen Stand der Kommissionsarbeiten entgegen. Loudon enthält sich bei aller Anerkennung für seine Mitarbeiter einer Bewertung der bisherigen Ergebnisse vollkommen und bezeichnet andererseits die technischen Schwierigkeiten als eine Spiegelung der politischen Gegensätze. Er erachtet die Arbeiten der Unterausschüsse als in einem Stadium befindlich, das die Abhaltung einer zweiten Tagung des Abrüstungsausschusses im Dezember oder Februar gestattet, ohne daß dabei der Termin für die Abrüstungskonferenz selbst auch nur in Aussicht genommen wird. Der dänische und der norwegische Vertreter beanstandeten den bekannnten Fragebogen und wünschten ein entschlosseneres Vorgehen in der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz.

Die Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz.

Genf, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) In Anbetracht der großen politischen Besprechung fanden die Kommissionsberatungen am Freitag nur geringes Interesse, obwohl eine ganze Reihe wichtiger Fragen behandelt wurde. Die zweite Kommission setzte die Diskussion über die einzuberufende internationale Wirtschaftskonferenz und den ersten Programmentwurf der vorbereitenden Sachverständigenkommission fort. Der französische Genosse und Gewerkschaftsführer Jouhaug vertrat bei dieser Gelegenheit die Meinung, daß eine internationale Wirtschaftskonferenz gegen die öffentliche Meinung nichts ausrichten könne und man infolgedessen versuchen müsse, die Öffentlichkeit für die Beratungen zu gewinnen.

Gewerkschaften und Wirtschaft.

Ueber Wirtschaftsdemokratie zur Gemeinwirtschaft.

Von W. Eggert.

Als die Veteranen der Arbeiterbewegung das Saatgut der politischen und gewerkschaftlichen Selbsthilfe unter die Arbeiter aller Länder trugen und sie zur internationalen Solidarität und Vereinigung aufriefen, da erklärte die bürgerliche Welt in voller Empörung diese Vorkämpfer des Gedankens der Arbeiterbewegung als „Verräter an der Nation“. Die Gewerkschaften als nur nationale Gebilde hätte sie zur Not hingenommen. Ruhten doch die unvermeidlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital ausgetragen werden. Aber daß die Arbeiter und die Gewerkschaften sich zur Internationale vereinigen und damit zum Ausdruck brachten, daß sie im Kampfe gegen den Privatkapitalismus um den Anteil am Produktions-ertrag eine einheitliche Front bilden, das erschien den herrschenden Gewalten über alle Maßen gefährlich.

Die junge internationale Gewerkschaftsbewegung mußte vor 25 Jahren noch ihre ganze Kraft der Organisierung der Massen, dem Kampfe um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen, dem Tarifvertrag, der fortschreitenden Sozialpolitik widmen. Aber mit ihrem Erstarken sind ihr neue und größere Aufgaben erwachsen. Denn indem die Gewerkschaften als Anwälte des Produktionsfaktors Arbeit wirkten, wurden sie zugleich vor die großen Probleme der Volks- und Weltwirtschaft gestellt.

Als der letzte Geschützdonner des Weltkrieges verhallt war, da Haß und Verblendung noch die Oberhand hatten und der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete erfolgen sollte, da griff der internationale Gewerkschaftsbund mit Umsicht in die schwebenden Probleme ein. Er sagte dem Völkerbund:

„Die Rechtmäßigkeit der Wiedergutmachung wird allseitig anerkannt. Nicht als Strafe, nicht als Vergeltungsmahregel. Die Zerstörung des Krieges muß Platz machen einer dauernden Organisation des Friedens.“

Der Vorsitzende des IGB, der französische Gewerkschaftsführer Jouhaug, erklärte in einer Rede auf dem Kongreß der Confédération Générale du Travail:

„Das Reparationsproblem ist ein internationales Problem, und seine Lösung muß daher auch auf internationalem Wege gefunden werden. Bleibt diese Lösung gewissermaßen den beteiligten Ländern selbst überlassen, so würde daraus nur neue Gefahr für kriegerische Verwicklungen entstehen.“

Später, als die Länder Europas durch eine einheitliche Schutzpolitik ihre Wirtschaft vor den Zerwürfissen jedes einzelnen Landes zu schützen begannen, erließ der IGB eine Rundgebung, in der es hieß, daß in fast allen europäischen Ländern eine protektionistische Handelspolitik getrieben werde, die alle europäischen Länder gegeneinander abschließt, statt sie zu einen. Er erhob gegen diesen Zustand seine warnende Stimme und rief die gewerkschaftlichen Landeszentralen seines Bundes auf, in allen Ländern die Schutzpolitik zu bekämpfen, deren Folgen Verteuerung der Lebenshaltung und Arbeitslosigkeit sein würden. Es müßte ein allgemeiner Abbau der Zölle eingeleitet werden, mit dem Ziel, einen einheitlichen Wirtschaftsverband zu schaffen, der die Aufgabe habe, der internationalen Rohstoffverteilung und dem freien Zugang zu allen Märkten der Welt die Wege zu ebnen.

Inzwischen ist die Vereinigungsbestrebung der privatkapitalistischen Wirtschaft in allen Ländern selbst weit über ihre nationalen Grenzen hinaus gewachsen. Die Unternehmer, die einst mit allen Machtmitteln, die ihnen Staat und Gesellschaft verliehen, den internationalen Bestrebungen der Gewerkschaften entgegengetreten sind, stehen heute selbst an der Schwelle internationaler Verflechtungen. Das geplante Großisenkartell und die Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz in Genf sind hierfür Zeuge.

Zur Beobachtung dieser neueren Entwicklungsphase nach internationaler Verflechtung der Wirtschaft hat der IGB schon vor Jahren einen Ausschuss in Amsterdam eingesetzt, um die Interessen der Gewerkschaften gegebenenfalls zu wahren. Und im vorbereitenden Ausschuss zur Weltwirtschaftskonferenz sitzt der Sekretär des IGB, und eine Anzahl Vertreter der Landeszentralen.

Auch in Deutschland sind die Verbände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in alle amtlichen Wirtschaftsorgane eingedrungen. Sie haben sich dort eine Position geschaffen, die von den Behörden und gegenrätlichen Wirtschaftskreisen nicht unbeachtet gelassen werden kann. So im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, ferner in den Landes- und Reichseisenbahnräten, in den Bezirks- und Reichswasserstraßenbeiräten, im Verwaltungsrat der Reichs-

Auf zum Massenaufmarsch der Gewerkschaften

nach Treptow am Sonntag, den 19. September 1926

post, im Beirat für die Reichssekretariatwirtschaft, im Reichslohnrat und im Beirat für die Kaliwirtschaft. Hier wirken 370 Gewerkschaftsvertreter im Sinne des Gemeinwohls und in der Vertiefung des Gewerkschaftsgedankens.

Als Ende 1924 und Anfang 1925 die deutsch-französischen und deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen so schwierig standen, daß mit der Möglichkeit ihres Scheiterns gerechnet werden konnte, eilten deutsche, französische und belgische Gewerkschaftsvertreter nach Köln, um die handelspolitischen Probleme der beteiligten drei Länder eingehend zu besprechen. Hier wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß die Gewerkschaften der beteiligten Länder in ihrem Heimatland alle Maßnahmen der Regierungen, Parlamente und wirtschaftlichen Unternehmungen scharf bekämpfen werden, die auf handels- oder wirtschaftspolitische Feindschaft hinauslaufen. Tatsächlich haben die Gewerkschaften der drei Länder in diesem Sinne gewirkt. Der Handelsvertrag mit Belgien kam zustande und mit Frankreich wurde ein Provisorium geschlossen.

So wichtig auch diese ersten Positionen auf wirtschaftlichem Gebiete für die Gewerkschaften sind — die große und umfassende Aufgabe der Demokratisierung der Wirtschaft harret noch ihrer Lösung. Es ist ein Verdienst von Leipart, daß die Frage der Wirtschaftsdemokratie in Deutschland auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Breslau zu gründlicher Erörterung gestellt wurde. Sie soll die Arbeiterchaft begeistern und anspornen, zu lernen, was ihnen bislang vorenthalten worden ist: in allen Angelegenheiten der Wirtschaft mit zu beraten und mit zu bestimmen. Der Kongress richtete an das Reich, an die Länder und Gemeinden jene grundsätzlichen Forderungen, die bekannt sind und den Weg der Wirtschaftsdemokratie ebnet. Darüber hinaus rief er die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands auf, mit höchster Kraftanstrengung für Wirtschaftsdemokratie zu wirken, die zur Gemeinwirtschaft geführt werden müsse. Die politische und wirtschaftliche Freiheit sei die Voraussetzung für die Entfaltung ihrer kulturellen Kräfte.

So hat der Internationale Gewerkschaftsbund von Amsterdam, haben alle seine Landeszentralen, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund der Arbeiterchaft aller Länder neue und große Ziele gesetzt. Die Mitbestimmung der Inhaber der Arbeitskraft in allen Dingen der Wirtschaft, das ist jenes neue und nächste gewerkschaftliche Ziel.

Nochmals der „Vorwärts“ und Rußland. Eine russische Erklärung.

Das offiziöse russische Telegraphenbureau meldet aus Moskau:

Heute fand hier eine Abschiedsfeier mit der deutschen Arbeiterdelegation statt. Mitglieder des Präsidiums des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion beantworteten die letzten Fragen der Delegierten über das Gewerkschaftsleben in Sowjetrußland. Zum Schluß wurde die Frage gestellt, weshalb die Einreise des Korrespondenten des „Vorwärts“, Kurt Heilig, in die Sowjetunion nicht genehmigt wurde. Genosse Metnitschanski wies in seiner Antwort darauf hin, daß der „Vorwärts“ täglich Verleumdungen über die Arbeiter und Bauern in Sowjetrußland in seinen Spalten bringt, was die Empörung der werktätigen Massen der Sowjetunion hervorruft. Unter diesen Umständen hielt die Sowjetregierung es nicht für möglich, den Vertreter eines verleumderischen Blattes in das Land der Arbeiter und Bauern hineinzulassen. — Die Delegation reiste nach Leningrad ab, wo sie ihre Heimreise antritt.

Wir nehmen an, daß diese Erklärung selbst den Mitgliedern der sogenannten Arbeiterdelegation etwas zu starker Lobal gewesen ist. Der „Vorwärts“ hat die „Arbeiter und Bauern“ Rußlands niemals gekränkt, er hat sich nur erlaubt, gegenüber der servilen Beweihräucherung des russischen Regierungssystems, wie sie die von der russischen Regierung abhängige Presse betreibt, eine selbständige Haltung einzu-

nehmen. Deswegen zu behaupten, er hätte „die Arbeiter und Bauern verleumdet“, ist eine durch nichts zu überbietende Albernheit.

Zu der Frage, warum der Führer der Selben, Geisler, und der Berichterstatter der „Pommerschen Tagespost“ und der „Deutschen Tageszeitung“, Herr v. Rohr-Haus Demmin, in Rußland gegenüber dem Genossen Heilig eine Vorzugsbehandlung genossen, hat sich der russische Regierungsvertreter vorfichtshalber nicht geäußert. Wir haben sie schon wiederholt gestellt, warten aber immer noch auf Antwort.

Die gefangenen Menschewiki.

In der „Roten Fahne“ bringt es der Redakteur Steinicke fertig, den Lesern zu erzählen, ein wie herrliches Leben im Gefängnis die georgischen Menschewiki (Sozialdemokraten) führen, die seinerzeit verurteilt worden sind, weil sie den Aufstand gegen Rußland im Jahre 1924 organisiert haben sollen. Danach muß jeder Leser verspüren, auch einmal nach Rußland zu reisen und sich dort einsperren zu lassen, weil er dann nichts anderes mehr zu tun hat, als elegant geledert spazieren zu gehen und an weißgebedeckten Tischen ausgezeichnet zu essen. Und doch meldet sich selbst in diesem schamlosen Schwindelbericht die Stimme der Wahrheit. Es ist die Stimme eines bolschewistischen Kommissars, die dem verzückten Offiziosus erklärt:

... Aber die gefangenen Menschewiki wollen als Partei organisatorische Freiheiten! Nun, die können und werden wie ihnen jetzt und für alle Zukunft niemals geben. Wir werden den Herren nicht gestatten, von neuem einen Aufstand zu organisieren, von neuem mit den Imperialisten zu konspirieren, den Aufbau unseres Landes zu stören. Diese Gelegenheiten werden wir ihnen niemals geben. Wir können einzelne Führer amnestieren, aber nie und nimmer, nach dem, was vorausgegangen ist, die menschewistische Partei. Für sie gibt es, solange die Macht der Arbeiter und Bauern steht, keine Amnestie.

Also die menschewistische, die sozialdemokratische Partei darf in Georgien und in ganz Rußland keine organisatorische Freiheit haben. Sie darf keine Vereine bilden, keine Zeitungen herausgeben, in keiner Weise auf die Öffentlichkeit einzuwirken versuchen. Die gefangenen Menschewiki verlangen für ihre Partei „organisatorische Freiheiten“, d. h. Rechte, die die kommunistische Partei in Westeuropa ganz selbstverständlich für sich in Anspruch nimmt — deshalb hält man sie weiter gefangen!

Man muß schon ein Redakteur der „Roten Fahne“ sein, um ein solches System lobenswert zu finden.

Die gespaltene KPD.-Linke. Eine Erklärung der Weddinger Opposition.

Die „Weddinger Opposition“ der Bezirke Westfalen, Niedersachsen und des 6. Bezirks Berlin veröffentlicht in der „Roten Fahne“ eine Erklärung, in der sie sich mit den Auffassungen der russischen Opposition solidarisiert und sich zugleich gegen die teils schon hinausgeworfenen, teils mit dem Hinauswurf bedrohten Führer mit folgenden Worten wendet:

Wir haben uns an der Herausgabe der „Erklärung zur russischen Frage“ nicht beteiligt, weil wir jede Gemeinschaft mit jenen schwankenden Führern, wie Ruth Fischer, Maslow, Schölem usw. ablehnen. Diese Genossen, die, als sie die Führung der KPD. innehaben, die reformistische Volksblocktheorie schufen, einen falschen innerpolitischen Kurs durchführten, den ERN-Brief, der den jetzt herrschenden rechten Strömungen in der KPD. die Plattform zur Eroberung der Partei gab, unterschrieben (Ruth Fischer), die sich unter fragwürdigen Bedingungen bereit erklärten, ihren Standpunkt zu verleugnen und gegen die Opposition zu kämpfen (Schölem) — diese Genossen werden nie die ehrlichen Führer der deutschen Linken sein können. Durch die schwankende Haltung dieser Genossen war es den Rechten erst möglich, die Führung der Partei zu erobern. Die falsche reformistische Politik des jetzigen ZK. der deutschen Partei kann nur deshalb noch triumphieren, weil Ruth Fischer und Maslow die Linke spalteten und sie zerschlugen.

Dadurch, daß der Genosse Weber und einige andere Genossen der Weddinger Opposition sich diesen schwankenden Elementen angeschlossen, haben sie das Recht verwirrt, noch irgendwelche Erklärungen im Namen der Weddinger Opposition abzugeben, noch in ihrem Namen aufzutreten.

Die Weddinger Opposition ist also gegen die Hinausgeworfenen, weil sie ihr nicht entschleden genug sind. So kommt es, daß die früheren diktatorischen Führer der KPD. jetzt von allen Seiten fallen gelassen werden.

Die Weddinger Opposition will sich aber auch nicht hinauswerfen lassen, sondern sie will versuchen, die Partei von innen heraus zu erobern. Darum sagt sie weiter:

Die Weddinger Opposition wird so wie bisher im Rahmen der Partei mit aller Schärfe ihre Auffassungen, d. h. die Auffassungen der alten Linken, vertreten. Ihr Ziel ist die Durchsetzung einer klaren revolutionären Linie in der KPD. und der Komintern. Sie wendet sich gegen alle organisatorischen Maßnahmen, weil die falsche Politik des ZK. der KPD. mit mechanischen Maßnahmen nicht durchgesetzt werden kann und soll. Sie wird mit aller Kraft die Einheit der Partei wahren, ganz gleich, von welcher Seite dieselbe gefährdet wird.

Die parteioffizielle Entgegnung der „Roten Fahne“ erklärt alle Angriffe auf die Parteiführung wegen ihres angeblichen Rechtskurzes für unbegründet. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Richtungen wird der kommende Parteitag bringen.

Verkrachter Ordnungsbund.

Der Landbund macht nicht mit, er will allein herrschen.

Weimar, den 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Wie vor einigen Tagen gemeldet wurde, sind die nationalistischen Verbände der Stadt Gotha mit dem Verlangen an die bürgerlichen Parteien Thüringens herangetreten, den kommenden Landtagswahlkampf gemeinsam gegen die Sozialdemokratie zu führen. Während diese Bemühungen aber auf keinen Erfolg rechnen durften, haben auf Veranlassung des Mitteldeutschen Handwerksbundes und des Thüringischen Einzelhandelsverbandes Verhandlungen mit Deutschnationalen, Volkspartei, Landbund und Demokraten wegen einer gemeinsamen Liste gegen die Sozialdemokratie stattgefunden. Der Ausgang der Verhandlungen ist nunmehr bekannt geworden. Der Landbund hat es abgelehnt, sich diesmal an gemeinsamen bürgerlichen Listen zu beteiligen. Diese Vereinerung, die in Thüringen nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der Großagrarien vertritt, sondern auch im Gegensatz zu anderen Landesteilen Deutschlands eine rein politische Partei ist, glaubt sich, allein auf das Land gestützt, zu größerem Einfluß im Parlament berechtigt. Die Demokraten haben aus staatspolitischen Gründen eine Abgabe erteilt. Dagegen haben sich Volksparteier, Deutschnationale und die in der Wirtschaftspartei zusammengeschlossenen Mittelstandsvereinigungen zu einer Liste bereitgefunden. Ob sie zustande kommt, ist allerdings noch eine Frage.

Der deutsche Städtetag.

Arbeitslosenversicherung — aber kein Flickwerk.

Stettin, 18. September. (WZB.) Die Vertretertagung des Deutschen Städtetages setzte heute ihre Verhandlungen fort. Der Vorsitzende Oberbürgermeister Dr. Voh-Berlin gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß gestern alle Mitglieder des Reichswirtschaftsrats sich für ein Arbeitslosenversicherungsgesetz ausgesprochen haben. Man müsse aber Wert darauf legen, so betonte Dr. Voh, die Arbeitslosenversicherung von vornherein als ein Ganzes auszubauen. Es dürften keineswegs nur Teilfragen gelöst und andere Fragen wiederum der Selbstverwaltung überlassen werden. Darauf sprachen Professor Dr. v. Zwiabinek, Südenhorst, Stadtverordneter Görlinger-Köln und Reichsrat Dr. Kleindienst über das Erwerbslosenproblem.

Vollstetigkeit über die Flagge Südafrikas. Der südafrikanische Premierminister erklärte, die Frage der Einführung einer eigenen Flagge werde einer Volksabstimmung unterbreitet werden.

Romantiker-Ausstellung.

Erst die jüngste Zeit mit ihrem Sinn für Präzision und Sachlichkeit auch in der Kunst hat die Aufmerksamkeit wieder auf eine Epoche deutscher Malerei gelenkt, die in diesem unfernen Empfinden durchaus entgegenkommt. Die literarische Romantik am Beginn des 19. Jahrhunderts hat in der Malerei ihr Gegenstück. Der Inhalt ist, soweit man dergleichen in Parallelen legen kann, etwa der gleiche: Wiedererweckung religiöser und vaterländischer Sagen, schwermütig getönte Stimmung der Landschaft, dichterische Verklärung des ganzen Lebensgefühls. In der Malerei vollzog sich damit aber auch eine völlige Umwandlung des Stils: es war ein Aufstand der Wahrheithaftigkeit und männlicher Stärke gegen die verlogene gewordene Weichlichkeit des Rokoko. An Stelle materischer Flausen setzte die Jugend mit revolutionärem Elan die Härte unbedingten Unirisses und räumlicher Modellierung, die Klarheit der ungebrochenen Vokalfarbe in durchsichtigen Farben.

Die Blütezeit dieser Revolution war leider kurz, sie währte etwa von 1800 bis 1820. Die Jünglinge, die so kühn den alten verjagten Akademien Krieg angefangen hatten, wurden, als sie erfolgreich waren, selber zu Akademiedirektoren gemacht und boten als solche das traurige, aber in der Welt übliche Schauspiel des Empörers, der als leitender Beamter Renegat und Philister wird. Man denkt dabei besonders an Cornelius, Schadow, Veit, Raubach, Schnorr; der Rest beileibe nicht, seine Jugendbünden zu verleugnen und in akademischer Gleichgültigkeit zu verjähren.

Dieses Renegatentum hat den ganzen Aufschwung diskreditiert. Man denkt nur an ledernen Geschichtschreibern und farblose Maler, wenn man von den Nazarenern und ihresgleichen hört. Daß sie in der Zeit ihres Aufschwungs Unsterbliches geleistet haben, daß neben ihnen in der Stille köstliche Landschaften und Bildnisse von höchster Innigkeit entstände: das wurde in hundertjährigen Darüberwiegenden vergessen.

Unser Gedächtnis aufzufrischen und die Kostbarkeiten jener zwei Jahrzehnte den Mitlebenden einmal vor Augen zu führen, war der Zweck einer Romantiker-Ausstellung, die der Leipziger Kunstverein in diesen Monaten veranstaltete. Das Beste und Tiefste deutscher Art ist hier versammelt. Die Abwesenheit des folgenden Niedergangs höferte die Blütezeit romantischer Kunst zu einer einzigartigen Demonstration, die so etwas wie „ewige“ Gültigkeit besitzt. Von Cattens über Cornelius und A. L. Koch zu den Nazarenern (Overbeck, Pferr, Ramboz, Veit) und den deutsch-romantischen Landschaftsmalern von Rohden und den Brüdern Olivier bis zu dem Genie Karl Höber, zu Hornig, Dillie, Schnorr von Carolsfeld und Ludwig Richter ist hier eine Auslese romantischer Bild- und Zeichnungskunst ausgebreitet, soweit sie zu erreichen war und soweit sie die Romantiker unter den Deutschen ihrer Epoche betraf.

Diese Einschränkung gibt zu denken. Der Raum langte nicht entfernt, eine Repräsentation der gesamten Epoche darzustellen. Namen, die zu unseren Besten gehören, mußten von vornherein ausschalten. Eine solche Schau beansprucht ganz andere Räumlichkeiten, weit umfassendere Mittel.

Sie muß aber kommen, und sie wird gemacht werden. Eine die ganze Epoche zwischen dem Ende des Rokoko und dem Beginn der

materialistischen Zeit seit Menzel umfassende Romantiker-Ausstellung wird die dreiteilige Dessenität — und nicht nur Deutschlands — über die bisher verborgenen Werte deutscher Kunst vor hundert Jahren gründlich aufklären. Wo könnte sie anders stattfinden als in der Nationalgalerie, die seit der Jahrhundertschau seit 1906 so manche grundlegend wichtigen Veranstaltungen sah? Und wer könnte berufener sein, sie durchzuführen, als Justiz, zu dessen größten Verdiensten es gehört, die Läden ausgefüllt zu haben, die selbst Tschudi gelassen hatte, was Repräsentation der deutschen Romantik in der Nationalgalerie betrifft!

Leipzig darf nur ein Auktakt sein, der erste höchst beachtenswerte Auktakt, unsere eigene Kunst kennen zu lernen. Erst wenn die Nationalgalerie sich zu der größeren Aufgabe bekennet, wäre der Sinn dieser schönen und anregenden Ausstellung wahrhaft erfüllt. 1906 war man noch außerstande, das eigentliche Resultat jener Jahrhundertschau zu begreifen; unsere Zeit wird sie dahin ergänzen, daß wir erkennen: in der Kunst der deutschen Romantiker erleben wir das große Gegengewicht zur französischen Malerei und die Berechtigung auf eigenen Füßen zu stehen, deutsch zu malen und nicht französisch.

Dr. Paul F. Schmidt.

Erster Autorenabend der Volksbühne. Hans Reimann könnte eine Erfindung seiner selbst sein: der rosige, rundliche Sachse mit dem hilflos verlegenen Mund und den Augen, die immer um Verzeihung zu bitten scheinen, daß der ganze Mensch da ist. Man nimmt ihn nicht ernst — das ist seine Tragik. Denn eigentlich ist er mit einer großen Melancholie auf die Welt gekommen; aber wenn er sie auf lässlich ausspricht, ja, wenn sie nur über sein freudliches Sachjenseit blickt, so lächelt die Menschen. Und Hans Reimann lächelt verständnisvoll mit. Ueber die Primitivität des ganzen Daseins, das uns nur darum so groß angelegt und bedeutend erscheint, weil wir alle ziemlich interessiert daran sind. Aber eigentlich ist es ein Quark, ohne feste Substanz, in dem wir gewöhnlich mit wichtigen Mienen umherirren. Aus dem wir eine Welt machen wollen. Hans Reimann löst keine großen Probleme. Auf die Frage, ob diese Welt wirklich wird, zuckt er die Achseln. Aber er steht alle die, die heutigen Tages auf ihre Passion an dieser Aufgabe mitarbeiten, und lächelt. Voll Spott; voll Ironie; voll Mitleid. Lächelt lässlich über die heutigen, deren er auch einer ist. Und die Menschen verstehen ihn meist; lachen manchmal, wo er nur lächelt oder auch schmunzelt; freuen sich aber, daß es jemand gibt, der sie lehrt, die großen kleinen Dinge des Lebens so untraglich zu nehmen. Die Volksbühne konnte ihre Autorenabende nicht besser als durch Hans Reimann beginnen lassen. Der Erfolg war sicher über Erwarten groß; denn der Weststein-Saal erwies sich für die Erscheinenen als fast zu klein. Reimann las viel Bekanntes, einiges Neue. Das dankbar- und dankbare Publikum wollte immer mehr hören.

Für die Unterstützungskassen der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger. Wohlfahrtsveranstaltungen, die Künstlerverbände zugunsten ihrer Unterstützungskassen inszenieren, haben meist einen recht geringen materiellen Erfolg gehabt; teils, weil Künstler im allgemeinen schlechte Kaufleute sind, teils aber — man soll sich das nicht verhehlen — weil das Wort „Wohlfahrt“ nichts

anderes als ein zeitgemäßes Kuschelgeschick für irgendeinen Ball oder Tanzsalar war. Die Lust an festlicher Buntheit verlorde hier eine Schicht, die sonst gern ihre Fernheit von den gesellschaftlichen Verlogenheiten der bürgerlichen und aristokratischen Kreise betonte, die unmoralische Sitte des „Tonnes für die Armen“ zu übernehmen, und hier wie dort gingen die Armen gewöhnlich leer aus. Es war sogar nicht selten, daß solche Veranstaltungen noch beträchtliche Zuschüsse erforderten. Man muß sich das vor Augen halten, um einer neuartigen Hilfsaktion, die die Genossenschaft der Deutschen Bühnengehörigen für ihre Unterstützungskassen unternimmt, das rechte Verständnis entgegenzubringen. Es ist ein regelrechtes, kaufmännisches Geschäft, das die Genossenschaft mit einem großen Warenhaus abgeschlossen hat: Die Firma zahlt eine ansehnliche Summe in die Unterstützungskasse; dafür stellen sich an einem bestimmten Tage für einige Nachmittagsstunden zahlreiche wirkliche Prominente der Bühne und des Films als Empfangsbedamen und -herren in den verschiedenen Abteilungen des Hauses zur Verfügung. Es ist anzunehmen, daß alle Teile dabei auf ihre Rechnung kommen: das Kaufhaus, in das sich die Schau- und Kaufstüben drängen werden, die Meisten der „Verkäufer auf Stunden“, die sicher an ihrer neuen Beschäftigung ein Nord-Südt haben werden, und eben die Unterstützungskassen. Die Höhe der Summe, die ihnen aus dieser Veranstaltung zufließt, wurde leider nicht genannt. Nach den Angaben des Präsidiums der Deutschen Bühnengehörigen soll sie indessen sehr beträchtlich sein. Vorerst wird diese Hilfsaktion am Montag nachmittags im Kaufhaus des Westens stattfinden; im Oktober will man sie an der gleichen Stätte wiederholen. Andere Städte, darunter Wien, haben den Gedanken gleichfalls aufgegriffen und wollen an seine Ausführung gehen.

IFJ.

Erstausführungen der Woche. Freitag, 21. in d. Kommandantenstr.: „Tajun“. — Sonnabend, Deutsches Künstler-Haus: „Das große Abenteuer“.

Irania-Vorträge. Mont. bis Sonn. (5 u. 9): „Unter Kissen und Palmen“. — Mont. (5 u. 7), Dienst. (7), Mittw. (5 u. 7), Donnerst. (7), Freit. (5 u. 7), Sonnab. (7), Sonn. (5 u. 7): „Die Wistosiens“. — Dienst. (7): „Verjüngung“. — Das Wunder der Dräsen“.

Reif Langer bringt ihre „Chanion-Rubee“ im Grotrian Steinwegaal, Bellevuestraße 14, vom 21. bis 30., täglich 8½ Uhr, zur Aufführung.

Der Literaturhistoriker Sauer, Professor der deutschen Literaturwissenschaften an der Deutschen Universität in Prag, ist im 71. Lebensjahr verstorben. Sauer ist hauptsächlich als Grillparzer- und Goetheforscher (sowie durch die Herausgabe der Werke Grillparzers und Eitters bekannt) bekannt.

Die Liga zum Schutz des Genies. In New York hat sich eine Liga gebildet, deren hauptsächlichster Programmpunkt der Schutz des Genies ist. Der Liga sind bereits eine große Anzahl prominenter Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst beigetreten, und in einer in der Woche veröffentlichten Erklärung wird behauptet, daß es künftig nicht mehr vorkommen würde, daß amerikanische Erfinder verunglücken.

Europäischer schwarzer Intellektueller. Bereits jetzt wird angekündigt, daß sich im Mai nächsten Jahres 500 amerikanische Regler, die den freien Beruf angehöben, Kerzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller usw., auf einem ebenfalls von Schwarzen bemanneten Schiffe nach Europa begeben werden. Sie wollen sich hier bis zum September aufhalten und in England, Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland und Italien die Krankenpflege, die Kunst, das Parlamentarische, die Bibliotheken usw. studieren.

Italienische Attentatsfolgen.

Geg den Minderern zart entgegen . . . — Ein Ver-
fahren gegen Genoffin Verda-Olberg.

Von der italienischen Grenze wird uns geschrieben:
Die Entlassung des Generaldirektors der
italienischen Polizei und des römischen Polizeipräsidenten
ist als eine Konzession zu deuten, die die Regierung dem linken
Flügel des Faschismus macht, der am Tage des Attentats gegen
Mussolini das römische Polizeipräsidium umzingeln ließ und
eine Demonstration gegen den Minister des Innern
organisierte. Beide Kundgebungen mußten von Militär und Kara-
binerie aufgelöst werden, aber die Forderung der Demonstranten, den
Polizeipräsidenten der Hauptstadt zu entlassen, hat Gehör gefunden.
Eigentlich zielte die Demonstration höher hinauf, nach dem Minister
des Innern selbst, nach Federzoni, der den höchsten Faschisten
als Bekämpfer des Squadristismus, — der bewaffneten Banden von
Schwarzhemden außerhalb der Miliz — verhaßt ist und dem man
vorwirft, nach der Nachfolge Mussolinis zu streben und deshalb
die Herren des Ministerpräsidenten nicht genügend zu schützen.

Wir haben schon einmal im faschistischen Regime die gleich-
zeitige Entlassung des römischen Polizeipräsidenten und des General-
direktors erlebt. Gleichzeitig mußte damals auch der Minister des
Innern dran glauben. Das war nach der Ermordung Matte-
ottis. Damals waren diese Maßnahmen gleichbedeutend mit einem
Sieg der legalitären Elemente innerhalb des Faschismus, dessen Ulnke
sich auf den Standpunkt stellte, die Ermordung als einen Akt der
faschistischen Revolution anzuerkennen und die Helfershelfer als
Diener des Regimes zu betrachten und zu schützen. Die entgegen-
gesetzte Richtung behielt die Oberhand: Finzi wurde preisgegeben und
der frühere Rationalist Federzoni wurde Minister des Innern. Auch
Del Bono konnte sich nicht halten, obwohl ihm Mussolini sein Ver-
trauen und seine Dankbarkeit bestätigte, indem er ihm das General-
kommando der Miliz ließ. Heute ist die Situation genau umgekehrt,
heute sind es die Squadristen, die die Entlassung Federzonis fordern
und denen man durch die Entfernung der Generaldirektors der Polizei
wenigstens teilweise genug tut.

Was den neuen Generaldirektor betrifft, so ist er der Opposition
nicht unbekannt. Es ist jener Herr Boschini, der als Professor von
Bologna bei den letzten Wahlen ein sehr kunstvolles System durch-
geführt hat, durch das es genau möglich war, zu kontrollieren, welchen
Wahlzetteln jeder abgegeben hatte. Der Herr hat sich keine Polzei-
sporen da verdient, wo der Kampf gegen den Sozialismus die Formen
der schärfsten und brutalsten Gesehwidrigkeit ange-
nommen hat, in Bologna.

Die Parole der faschistischen Hierarchie, jede Repressalle zu ver-
meiden, ist nicht besonders treu eingehalten worden. In Mailand
hat man die Bureau des Genossen Claudio Treves und Clerici
zerstört; um die Arbeit bei Treves zu leisten, hatten die Herrschaften gar
eine Urt mitgebracht. Aus Ravenna und Bologna kommt die Kunde
sehr ernster Unruhen; in Ravenna ist ein Republikaner sterbend im
Krankenhaus eingeliefert worden. In Rom erregt es eine gewisse
Feierlichkeit, daß die Genoffin Verda-Olberg auf die Polizei
beschrieben wurde, weil sie es, gegenüber den Verwüstern der
„Giustizia“ an der „pflichtschuldigsten Höflichkeit“
hätte fehlen lassen! Es wäre gewiß gut, wenn eine offizielle
Verordnung vorschriebe, wie man Leute zu empfangen hat, die einem
die Möbel aus dem Fenster werfen und verbrennen. Aus der glück-
lich überstandenen Zeit des Liberalismus und der Demokratie sind
keine Regeln darüber überliefert worden.

Im „Foglio d'Ordini“, das so eine Art „Militärwochenblatt“ des
Faschismus sein will, lesen wir die nachstehende Notiz, die noch weit
besser als alle Demonstrationen vor dem Bimial die Inkompat-
ibilität zwischen Federzoni und der in der herrschenden Partei über-
wiegenden Richtung dartut:

„Es wird von gewissen Leuten das Gerücht in Umlauf gesetzt,
daß der Prozeß gegen Janiboni und Capello ein Prozeß mit politi-
schem Hintergrund und politischer Färbung sein werde, bei dem
die Delinquenten hinter dem Gitter die Botschaft von Anklägern
des Regimes annehmen würden. Diesen gewissen Leuten sei
schon jetzt gesagt, daß der Faschismus keine derartige Spekulation
erlauben wird. Janiboni und Capello sind Verbrecher — Be-
auftragter und Auftraggeber — eines entsetzlichen Verbrechens:
eines Attentats auf das Leben des Duce, der nicht nur Regierung-
oberhaupt, sondern der Führer Italiens ist. Auf alle Fälle werden
vor dem Schwurgerichtssaal die faschistischen
Raffen sein, entschlossen und wachsam.“

Der Faschismus stellt sich somit, prozig und breitbeinig, auf den
Boden der offiziellen Illegalität. Man rechne dazu die Zustands-
politik mit Stallknechtmanieren und man wird einem faschistischen
Wochenblatt Roms es nachfühlen, daß zu Italiens Kulturprimat in
der Welt nur die Einführung des faschistischen „Imprimatur“ fehlt.
hat Italien dies erst eingeführt, kann es seinen Weltgeltungstreuzug
beginnen, um die Welt von allem zu befreien, was sich in ihr
an Wissen und Werten seit dem Mittelalter angehäuft hat.

Waffenverhaftungen in Rom.

Rom, 18. September. (WZB.) Die römische Polizei hat in
der letzten Nacht etwa 335 Personen verhaftet und etwa 600 Haus-
suchungen vorgenommen. In Mailand wurde eine Hausdurchsuchung
bei dem republikanischen Abgeordneten Chiesa vorgenommen.

Der Ministerrat ist auf den 1. Oktober einberufen worden, um
die Vorlage über die Verteidigung des Staates, d. h. die Einführung
der Todesstrafe zu beschließen.

Neue Revolte in Spanien.

Die Infanterie schließt sich der Artillerie an.

London, 18. September. (WZB.) Die „Daily Chronicle“
erfahren haben will, hat die Lage in Spanien sich von neuem ver-
schärft. Die Infanterie habe sich, wie verlautet, der
Artillerie angeschlossen und eine formelle Aufforderung
an Primo de Rivera gerichtet, zurückzutreten. Primo
de Rivera, der augenblicklich unpöflich sei, werde heute vormittag
nach San Sebastian gehen, um mit dem König über die Lage zu
beraten.

Eine Wendung in der Tangerfrage.

London, 19. September. (WZB.) „Times“ berichtet, die
spanische Regierung habe die Haltung aufgegeben, die sie vor
kurzem in der Tangerfrage eingenommen habe. In einer gleichzeitig
London und Paris unterbreiteten Note bestche sie nicht länger auf
ihrer Forderung nach Einfluß Tangers in die spanische
Marokkotonzone. Die spanische Regierung schlage Vorgesprächen
zwischen Großbritannien, Frankreich und Spanien zur Erörterung
der Zulassung Italiens unter einem abgeänderten Statut
vor. Auf diese Vorgespräche würde eine Vollkonferenz aller
Signatarmächte des Algeiras-Vertrages folgen. „Times“ meint,
in amtlichen britischen Kreisen überwiege anscheinend die Ansicht,
daß keine Notwendigkeit für eine Beschleunigung der Ver-
handlungen bestehe und daß es praktisch wäre, wenn infor-
melle Vorgesprächen vor allem zwischen Frankreich und Spanien,
die die am nächsten interessierten Mächte seien, stattfänden.

Eröffnungsfeier der Arbeitersportschule

Rege Beteiligung aus allen Teilen des Reiches.

Leipzig, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Weihe-
akt begann pünktlich um 10 Uhr im dichgedeckten Liebigsaal
der Bundeschule durch den „Huldigungsmarsch“ von Grieg, wirk-
ungsvoll und wuchtig vorgetragen vom Schützenorchester. Um die
reicht mit Grün geschmückte Bühne standen die Fahnenabordnungen,
die der Versammlung feierlich und würdiges Gepräge gaben. Hell
stutete das Oberlicht auf die aufmerksamen Festgäste, die fühlten,
daß der heutige Tag in der Geschichte der Arbeiter-Turn- und Sport-
bewegung der bisher bedeutungsvollste ist. Der Michaelsche Männer-
chor ließ eindrucksvoll das Lied „Krönt den Tag“ folgen. Genosse
Gellert, der Bundesvorsitzende, richtete nun eine Ansprache an
die Festteilnehmer. Er führte aus, daß die neue Bundeschule eine
neue Zeit künde. Frei habe man sich gemacht von allen bürger-
lichen Einrichtungen auf dem Gebiete der Turn- und Sportbewe-
gung. Der erste Dank gebühre allen Turn- und Sportgenossen und
darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft. Dank gebühre aber
auch den Staatsregierungen und den Städten, den Ortskrankenkassen
und anderen Korporationen, die zu den Baukosten nach besten
Kräften beigetragen haben. Bedauerlich sei, daß die deutsche Reichs-
regierung, die lediglich ihre Glückwünsche übermittelt habe, noch in
diesem Kranze fehle. Die Nachbewilligung notwendiger Mittel zur
Bundeschule, deren Baukosten etwa 1 Million betragen, müsse
unbedingt noch erfolgen. Das Haus habe auch große inter-
nationale Bedeutung. Genosse Gellert übergab dann im Auftrage
des Bundesvorstandes dem Genossen Benediz, dem Leiter der
Schule, das neue Gebäude. Benediz erinnerte an die Geschichte
der Bundeschule, die vor sechs Jahren gegründet wurde. Die In-
stallation vernichtete zunächst die Pläne. Desto augenfälliger sei nun
der Erfolg, denn das Werk sei restlos gelungen. Nur im eigenen
Hause könnten die Lehrer ganz unseren Ideen
gemäß wirken. Die Schule sei heute die Zentrale der
internationalen Arbeiter-Turn- und Sportbewe-
gung. Mit einem begeistert aufgenommenen „Frei Heil“ schloß
der Leiter der neuen Schule seine Ausführungen.

Der sächsische Arbeitsminister Elsner übermittelte darauf
die Glückwünsche der sächsischen Staatsregierung.
Die Regierung spreche ihre Anerkennung für das wohlgelungene

Werk aus. Die Arbeit in der Schule werde bewirken, daß die
sozialen Lasten sich verringern. Der Sport müsse Allgemeinut
des Volkes werden. Das Haus zeuge auch von dem Solidaritäts-
gefühl der Arbeiterschaft.

Der Leipziger Stadtschulrat Stahl überbrachte die Glück-
wünsche des Deutschen Städtetages und der Stadt Leipzig. Die
Großstadt sei nur leistungsfähig, wenn ein gesunder Menschenschlag
in ihr wohne. Eine ganze Reihe von Großstädten hätte in Er-
kenntnis dessen deshalb bereits Beiträge zu diesem Hause geleistet
und sie würden das Werk weiterhin tatkräftig unterstützen.

Genosse Blotz sprach für die sozialdemokratische Stadt-
verordneten- und Rathausfraktion; die Schule könne sich auf die
Unterstützung beider Fraktionen nach wie vor verlassen. Reichstags-
abgeordneter Lipinski vertrat die Sozialdemokratische Partei
und Presse. Er führte aus, daß Geist und Körper eins sein
müssen. Die Grundlage, einen gesunden Körper für einen gesunden
Geist zu schaffen, sei Hauptaufgabe der Bundeschule. Genosse
Lipinski ging weiter auf die Turn- und Sportbewegung in Deutsch-
land überhaupt ein. Erst die Umwälzung von 1918 machte dem
unwürdigen Zustand, daß sozialdemokratische Organisationen als
Mischenbrödel im deutschen Staate behandelt wurden, ein Ende.
Siegreich habe sich die Arbeiter-Turn- und Sport-
bewegung durchgesetzt. „Der Freiheit eine Gasse“ — müsse
der Wahlspruch aller sozialistischen Arbeiterorganisationen bleiben.

Reichstagsabgeordneter Eberlein überbrachte die Grüße der
APD und der Komintern. Genosse Schilling sprach für den
ADGB und das Leipziger Gewerkschaftsforum. Genosse
Bildung beglückwünschte die neue Hochschule im Namen der
Zentralen Kommission für Sport- und Körper-
pflege Berlin. Die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung sei auch
eine geistige, eine sozialistische Bewegung, die den Kampf gegen alle
alten Gewalten aufnehme. Weiter hielten Begrüßungsansprachen:
Arbeiterportier aus Prag, Ruffig aus Wien die Führer mehrerer
deutscher Arbeiterorganisationen. Genosse Gellert dankte mit
herzlichen Worten allen Rednern. Er gab dann bekannt, daß zahl-
reiche Ministerien sowie in- und ausländische Korporationen, Nord-
amerika und Brasilien Glückwünsche gesandt haben. Ein Vortrag
des Männerchors und der Gesang der „Internationale“ schlossen die
glanzvolle und würdig verlaufene Feier der Einweihung der Bundes-
schule.

Nach der Feier wurden die Festteilnehmer durch das stolze Ge-
bäude zur eingehenden Besichtigung geführt.

War das Fleisch tauglich oder nicht?

Tierarzt Dr. Gaul vor dem Berufsgericht.

Tierarzt Dr. Gaul, auf dessen Verschulden die Kuffchen er-
regenden Fleischvergiftungen von über 100 Personen in
Herzfelde zurückgeführt werden, stand heute vor der Berufsungs-
kammer des Landgerichts III. Wegen der Fleischvergiftungen
in Herzfelde ist bekanntlich dem Dr. Gaul die Fleischbeschau bereits
entzogen und gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet worden, da
er mindestens insofern schuldig gehalten haben soll, als er nicht
sofort nach einer Rotschlachtung die Untersuchung des Fleisches durch
das Veterinäruntersuchungsamt beantragt hatte.

Im vorliegenden Falle hätte in Grünheide in der Mark
eine ähnliche Katastrophe wie in Herzfelde eintreten können,
wenn nicht das Fleisch noch rechtzeitig durch den Kreisierarzt
beschlagnahmt worden wäre. Als dieser am 30. September bei
dem Schlächtereinnehmer Opitz in Grünheide zur Rohrungsmittel-
kontrolle erschien, fand er Fleisch eines geschlachteten Kindes vor,
das trotz genauer Untersuchung keine Stempel zeigte. Auch waren
die vorgezeichneten Schnitte unangemessen ausgeführt worden oder
zum Teil gar nicht vorhanden. Da er insofern den Verdacht
schöpfte, daß gar keine tierärztliche Untersuchung des Fleisches statt-
gefunden habe, entnahm er Proben und schickte diese zur Unter-
suchung an das Veterinäruntersuchungsamt in Potsdam, wo para-
typhusähnliche Bazillen festgestellt wurden. Auf Grund
dieses Befundes erklärte der Kreisierarzt das Fleisch für untauglich. Als
er am nächsten Tage die Beschlagnahme aussprechen wollte, fand er
an dem Kopf des Kindes zu seiner Ueberzeugung drei Taug-
lichkeitsstempel. Da Opitz angab, daß Dr. Gaul diese
Stempel nach Benachrichtigung von der Beschlagnahme des Fleisches
angebracht hatte, wurde jetzt Dr. Gaul wegen Urkunden-
fälschung angeklagt. Er wurde vom Schöffengericht aus recht-
lichen Gründen freigesprochen, wogegen die Staatsanwaltschaft Be-
rufung einlegte. In der heutigen Verhandlung behauptete der An-
geklagte, daß er das Fleisch lediglich nach der Schlachtung untersucht
und mit den vorgezeichneten 17 Stempeln versehen
habe. Er habe das Fleisch für vollwertig tauglich gefunden, da er
die Ursache der starken Abmagerung des Tieres in einem veralteten
Draht erblickte und er das Tier im übrigen für vollkommen gesund
gehalten habe. Die nachträgliche Stempelung sei auch von ihm nicht
ausgeführt worden, um das Fleisch als tauglich erscheinen zu lassen.
Er habe den Stempel nur aufgedrückt, um zu kennzeichnen, daß
es dasjenige Fleisch sei, was er schon vorher untersucht habe. Die
Beweisaufnahme wird sich noch bis in die Nachmittagsstunden hin-
ziehen.

Die Unterschlagungen bei den Schlachtenwerken.

Ueber die Unterschlagungen bei den städtischen Schlach-
tewerken werden jetzt nach der Revision durch die Oberrechnungs-
kammer weitere Einzelheiten bekannt. Die Fälschungen in den
Büchern liegen schon eine Zeit zurück. Mit der Bilanz vom 31. März
1923 scheinen die Unterschlagungen größeren Umfang anzunehmen.
Die Bilanz ist, wie jetzt festgestellt worden ist, mehrfach ab-
geändert worden. Zunächst wurde eine von einem beidseitigen
Bücherevisor als richtig befundene Bilanz eingereicht, die mit einem
Gewinn von 3212,77 Mark schloß. Die Bilanz wurde
später abgeändert und ein Verlust von 93.850,36 Mark
angegeben, der durch einen Nachtrag sich auf 109.850,36 Mark er-
höhte. Diese Änderungen wurden notwendig, weil einzelne Bu-
chungen als falsch erkannt wurden. Diese und andere Umstände
lassen es dringend notwendig erscheinen, daß die ganze Angelegen-
heit baldigt geklärt wird.

Ein Krankenkassenschwindler erwischt.

Auf der Krankenkasse in der Klosterstraße wurde anfangs
April dieses Jahres ein junger Mann festgenommen, der versuchte,
sich auf einen falschen Namen Krankengeld zu verschaffen. Er
erklärte, daß er die Unterlagen für die Fälschung von einem ihm
nur von Unsehen, nicht aber dem Namen nach bekannten anderen
jungen Manne bekommen habe. Dieser war nicht zu finden. Der
Ersappte mußte allein büßen. Er wurde zu einer kurzen Freiheits-
strafe verurteilt. Seitern — Freitag — mittag wurde auf derselben
Stelle wieder ein Fälscher und Schwindler ergriffen und als ein
25 Jahre alter Maler Willi Warnede aus Köln a. Rh. fest-
gestellt. Es ergab sich, daß dieser Warnede der Urheber der
Schwindelthaten vom April ist. Die Kassendirektoren hatten Verdacht
geschöpft, weil sich der junge Mann so viel in den Räumen
aufhielt und Krankenscheine vorzeigte. Man bestellte ihn zur Er-
ledigung seiner Angelegenheit auf gestern mittag wieder und benach-
richtigte die Kriminalpolizei. Beamte der Dienststelle F 7 er-
warteten den „Kranken“ und nahmen ihn fest, als er pünktlich er-
schien. Eine Durchsuchung des Unterschlupfes, den der Verhaftete
in der Mulackstraße gefunden hatte, klärte auch bald darüber auf,

wie er vorgegangen war. Daraus ging hervor, daß sich Warnede
Namen und Geburtsdaten von Arbeitern beschafft
und ärztliche Krankenscheine sehr geschickt gefälscht hatte. Zwei
Listten von Kranken wurden bei ihm beschlagnahmt. Mit diesen
Fälschungen wollte Warnede heute einen größeren Schlag
gegen die Kasse führen. Zum Helfershelfer hatte er einen
Rehmer Reudorf gewonnen. Auch dieser wurde festgenommen.

Nachkommer.

Heute früh bot der Himmel den Berlinern eine freudige Ueber-
raschung: Wolkenloser Sonnenhimmel, soweit das Auge reicht. Wie
uns die Wetterprophetin mitteilt, ist aller Wahrscheinlichkeit nach
für die nächsten Tage mit warmem sonnigen Wetter zu
rechnen. Seit gestern hat sich die Luftdruckverteilung gegenüber den
Vortagen wesentlich umgestellt. In Mitteleuropa entwickelt sich
ein anscheinend stabiles Hochdruckgebiet. Dem weiteren Vordringen
ozeanischer Depressionen ist damit ein Widerstand entgegengesetzt.
Heute mittag um 12 Uhr wurden 20 Grad Celsius gemessen. Pro-
gnose für die nächste Zeit: Ruhig, meist heiter, tagsüber recht warm.

15-Stunden-Dauerkonzert.

Wer da meint, es gäbe keine neuen Reformmöglichkeiten mehr,
der ist falsch beraten. In einem kleinen Lokal in Berlin O. taten
sich jüngst Klavier, Cello und Geige zu einem 15stün-
digen Dauerkonzert zusammen. Um 9 Uhr morgens ging's
los. Ein Schimmis folgte dem anderen — zwischen durch kam auch
ein solches Salonstück oder ein Lied mit Gesang usw. Dieses „Ge-
wealtkonzert“ ging ununterbrochen ohne jedwede Pause — die Musik-
nahmen weder Speise noch Trank zu sich, um Öfens- und Ver-
dauungsunterbrechungen zu vermeiden — bis 12 Uhr nachts. Die
Bedingungslos lauteten: Klapp die Sache, dann gibt's eine Prämie
von 50 M. vom Wirt, klapp es aber nicht, dann gibt es nichts,
sondern sämtliche Spesen, wie Kettame, Lustbarkeitssteuer (man
denke: dieser traurige Akt rangiert unter „steuerpflichtige Vergnü-
gungen“) haben die Herren Musikanten aus eigener Tasche zu
berapen. Aber — es klappte. Mit leerem Magen und mit ge-
schwollenen Handgelenken und kaputten Fingerpitzen zwar, aber
sie haben durchgehalten und nach 8 Minuten „Ueberstunden“ gemacht.
Die Zahl der Rezipienten war recht gering. Im Schankzimmer
sahen ein paar Gäste und hörten so mit halbem Ohr auf die musi-
kalischen Schwerarbeiter.

Der Sonntagssonderzug in den Harz fährt! Wie wir schon
erfahren, wird der für morgen vorgesehene Sonntagssonderzug
vierter Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen nach Thale im Harz
bestimmt verkehren. Der Zug fährt ab Berlin Potsdamer Bahnhof
6,45 Uhr vormittags und trifft in Thale um 11,7 Uhr ein. Rück-
fahrt ab Thale 7,30 Uhr nachmittags, an Berlin 11,45 Uhr nachts.
Fahrkarten zum Preise von 10,30 M. sind bis kurz vor Abgang des
Zuges an der Fahrkartenausgabe des Potsdamer Bahnhofs zu
haben.

Taten religiösen Wahnsinns.

Selbstverkrümmelung eines Studenten.

Eine kaum glaubliche Tat hat sich, vom Polizeibericht ver-
schwiegen, in dieser Woche in Dejwiz bei Prag abgelspielt. Ein
Student, der bei einer alten Familie wohnte und schon mehr-
mals Anzeichen übertriebener Religiosität gezeigt hatte,
rafferte sich am Morgen wie immer. Plötzlich bemerkten die alten
Eheleute, wie ein Gegenstand in die Küche flog. Die Frau fiel so-
fort in Ohnmacht, als man das Entsetzliche erkannte. Der Student
hatte sich in einem Anfall von religiösem Wahnsinn mit dem Rasier-
messer entmannt. Der Student wurde ins Krankenhaus übergeführt,
wo er die Verkrümmelung als ein von Gott gewolltes Werk
bezeichnete. Die Untersuchung ergab, daß er im religiösen Wahnsinn
gehandelt hatte.

Fälle von religiösem Wahnsinn kamen in den letzten Tagen
aber auch in der Slowakei mehrmals vor. Eine Frau in Tarnau
hieb auf ihr 14jähriges Mädchen mit der Hand ein, um das Kind
Gott zu opfern. Das Kind starb bald darauf im Kranken-
haus. Bei Tarnau schnitt sich ein junger Mann, der wegen reli-
giösen Wahnsinns in die Irrenanstalt gebracht werden sollte, den
Hals durch. Vorher hatte er das Haus seiner Eltern in Brand
gesteckt. Der Mann lebte noch und gab an, daß er wegen seiner
Sünden vom Teufel befallen sei, der ihn erwürgen wollte.
Um dem Tode in Teufelskralen zu entgehen, habe er lieber durch
Selbstmord enden wollen.

Die Typhuspidemie in Hannover. Bis heute morgen ist die
Zahl der Erkrankten auf 1539 gestiegen. Die Zahl der Toten
beträgt 47. Zur Ausnahme der Kranken sind noch bereitgestellt
eine Schule in der Fröbelstraße und eine Stadt-Töchterchule in der
Reiterstraße.

Die Beitragscheu muß fallen!

Unter den mancherlei Ausreden, mit denen die Unorganisierten ihr gemeinschaftliches Verhalten zu bemänteln versuchen, steht „der hohe Beitrag“ an erster Stelle. Da jedoch Millionen von Arbeitern und Angestellten gleich Hunderttausenden von Arbeiterinnen, die auch nicht in besseren wirtschaftlichen Verhältnissen leben als das Meer der Beitragscheuen, sich längst an die Beitragsleistungen für ihren Verband gewöhnt haben, und so das windige Argument des hohen Beitrags von vornherein erledigt ist, werden die Ausreden in andere Worte gekleidet. In welcher Gestalt sie aber auch vorgebracht werden mögen, ob als Entschuldigung oder als Schimpferei gegen die „Bonzen“, sie lassen immer wieder deutlich erkennen, daß sie der Beitragscheu entspringen. Und wohl die meisten derer, die in der einen oder anderen Organisation einmal eine Gastrolle als Mitglied gegeben haben, sind lediglich deswegen nicht mehr organisiert, weil sie ihrer Beitragspflicht nicht nachgekommen sind und darum aus den Listen der organisierten Arbeiter oder Angestellten gestrichen worden sind.

Die Jahresberichte verschiedener Verbände weisen eine geradezu erschreckende Fluktuation auf, die nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil auf Berufswechsel, bei weiblichen Mitgliedern auf Eheschließung zurückzuführen ist, vielmehr zu einem beträchtlichen, wenn nicht zum allergrößten Teil, auf die unsinnige Beitragscheu. Die ganze mühsame Agitationsarbeit der Gewerkschaften, die der beitragszahlenden Mitglieder, wird durch dieses Lebel wieder zunichte gemacht, und die Schlagkraft der Organisation geschwächt und gelähmt. Es ist Erziehungsarbeit zum Beitragszahlen notwendig, wie sie wohl am erfolgreichsten bei den Buchdruckern geleistet worden ist.

Kein Mensch wird behaupten wollen, daß das Beitragszahlen eine angenehme Sache sei. Wer es aber immer noch nicht begriffen hat, daß es notwendig ist, weil ohnedem die Organisation unmöglich wäre, dem muß es begreiflich gemacht werden. Die Erhaltung der einmal aufgenommenen Mitglieder im Verbande ist wichtiger noch als die Aufnahme neuer Mitglieder.

Ohne den Kreisen, die die Gewerkschaften als Versicherungsanstalten „erfassen“ möchten, auch nur die geringste Konzession zu machen, kann gesagt werden, daß der Gewerkschaftsbeitrag in gewissem Sinne eine Verzierung der Arbeitskraft gegen schlechte Bewertung durch niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und rücksichtslose Behandlung darstellt. Die Versicherungsbeiträge gegen Krankheit, Unfall und Invalidität werden sozusagen zwangsweise erhoben, weil es sonst unmöglich wäre, sie regelrecht beizubringen. So mancher schilt über diese Abzüge, zumal er noch nie krank gewesen sei, und muß sich dennoch bei einiger Ueberlegung sagen, daß sie notwendig sind, um sich und seine Familie vor den Beschwerden des Lebens einigermassen zu sichern. Fordern wir doch oben-dreien die Erwerbslosenversicherung, trotzdem dafür höhere Beiträge zu leisten sein werden als zu der heutigen unzulänglichen Erwerbslosenfürsorge.

Die Unorganisierten, die sich der Zahlung der gesetzlich festgelegten Versicherungsbeiträge nicht entziehen können, scheinen eine gewisse Befriedigung darin zu finden, ihrer Beitragscheu gegen die Gewerkschaften freien Lauf zu lassen. Ein Zeichen von Beichtfertigkeit, Unselbständigkeit und mangelnder Reife, das zu denken gibt. Die Gewerkschaften, die mit dieser Beitragscheu zu rechnen haben, kommen nicht vom Fled. Den Beitrags-„Sparern“ muß deshalb klar gemacht werden, daß sie nicht einmal zu ihren heutigen Arbeitsbedingungen arbeiten könnten, sondern unter sehr viel schlechteren Bedingungen arbeiten müßten, wenn nicht die Gewerkschaften auf Grund der Beitragsleistungen ihrer Mitglieder den Tiefstand der Lohn- und Arbeitsbedingungen so weit gehoben hätten und wenn sie nicht alles aufbieten würden, um ihren Abbau zu verhindern. Den Beitragscheuen muß klar gemacht werden, daß gerade sie es sind, die durch ihr kindisches Beitragsparen ihre Gewerkschaften früher daran gehindert haben, bessere Arbeitsverhältnisse herbeizuführen und sie jetzt daran hindern, noch nachhaltigeren Widerstand gegen den Lohndruck zu leisten.

Der Beitrag, den die Unorganisierten und Nichtmehrorganisierten „sparen“, gehört nicht ihnen, sondern ihrer Gewerkschaft. Wenn sie glauben, ihren Verband und ihre Arbeitskameraden darum pressen zu können, so sind sie selber die Geprellten. Da sie aber nicht nur sich selbst schädigen, sondern die Allgemeinheit, müssen die Beitragszahler dem Uebel der Beitragscheu mit allen Kräften begegnen. Für Beitragscheu darf kein Raum mehr sein in den Reihen der Arbeiterchaft. Mit ihrem Ausschluß ist nichts getan; darum müssen wir sie von ihrer Beitragscheu kurieren.

Die Bauunternehmer wollen billiger bauen.

Wenn die Hilfsarbeiterlöhne abgebaut sind.

Die Lohnverhandlungen am gestrigen Freitag zur Neuordnung der beiderseits geforderten Löhne sind ergebnislos verlaufen. Der Verbandshabitus der Bauunternehmer hat zwar kürzlich auf der Düsseldorf Bauwoche erklärt, die Arbeiter des Baugewerbes

müßten höhere Löhne haben als die übrigen Industriearbeiter. Die Facharbeiter müßten einen höheren Lohn erhalten als die Ungelernten. Das sind zwar Gemeinplätze, weil es längst kein Geheimnis mehr ist, daß die Bauarbeiter Saisonarbeiter sind und die Maurer von jeher mehr Lohn bekommen als die Hilfsarbeiter.

Die Verkündigung aber, daß die Facharbeiter einen höheren Lohn bekommen müssen, lassen die Unternehmer aus ihre Art auf. Sie wollen — wie sich in der Verhandlung zeigte — nicht etwa die Facharbeiterlöhne erhöhen, sondern die Hilfsarbeiterlöhne abbauen, da dann ja die Facharbeiter einen um so viel höheren Lohn zu verzeichnen haben, ohne daß die Unternehmer es nötig hätten, ihnen auch nur einen roten Pfennig mehr zu zahlen. Im Gegenteil, die Unternehmer könnten oben-dreien die sechs Pfennige, um die sie die Hilfsarbeiterlöhne kürzen wollen, in die Tasche stecken.

Nach den Worten der Unternehmer dreht es sich jedoch keineswegs um eine Erhöhung ihres Profits, sondern um die edle Absicht, billiger zu bauen, um der Wohnungsnot endlich abzuhelfen. Da die selber so sehr notleidenden Unternehmer nicht noch Geld aus ihrer Tasche zusehen können, um billiger zu bauen, sollen die Hilfsarbeiter diejenigen sein, die billiger arbeiten und die Zehne zahlen sollen. Denn, so argumentierten die Vertreter der Unternehmer: die Löhne der Bauhilfsarbeiter sind gegen die Vorkriegszeit zu hoch. Alle Bevölkerungsteile haben das Verlangen auf Senkung der Baukosten und diesem Verlangen müsse Rechnung getragen werden — auf Kosten der Hilfsarbeiterlöhne. Ueberdies und außerdem sei auf dem Lebensmittelmarkt eine Preisentwertung eingetreten, so daß die Hilfsarbeiter ganz gut einen kleinen Lohnabzug von nur sechs Pfennigen in jeder Arbeitsstunde ertragen könnten.

Die Löhne der Facharbeiter sollen zwar nicht direkt erhöht, aber — einstweilen — auch nicht abgebaut werden. Die Facharbeiter könnten also ruhig dem Lohnabzug der Hilfsarbeiter zustimmen. Und wenn dieser erst einmal durchgeführt ist, können dann von wegen der weiteren Senkung der Baukosten auch die Löhne der Facharbeiter abgebaut werden, die dann immer noch einen höheren Lohn haben als die Hilfsarbeiter. Von den Facharbeiterlöhnen war zwar noch nicht die Rede, doch ergibt sich ihre Lohnregelung logischerweise aus der Absicht der Unternehmer — die Baukosten zu senken.

Die Bauarbeiter haben jedoch offenbar nicht das gehörige Verständnis für die guten Absichten ihrer Unternehmer, die doch nur die Baukosten senken wollen. Wenn zu den verlorenen Zuschüssen der Mieter von Neubauswohnungen in Höhe von 1000 Mark und mehr pro Zimmer noch eine Verbilligung um 6 Pf. stündlichen Hilfsarbeiterlohn hinzukäme, wie glücklich wären die Wohnungsuchenden! Sogar ein Bauhilfsarbeiter könnte sich dann eine so „billige“ Wohnung beschaffen.

Im Ernst! Die Bauarbeiter denken nicht daran, sich eine Kürzung der Hilfsarbeiterlöhne um 6 Pf. pro Stunde gefallen zu lassen. Die Unternehmer haben mit derartigen Argumenten bei ihnen kein Glück. Sie werden sich gründlich umstellen müssen zur Lohnregelung und eine Senkung der Baukosten auf andere Weise herbeiführen müssen als auf Kosten der Bauarbeiter. Der Vorgang zeigt nur, was die Unternehmer der Arbeiterschaft heute alles bieten zu können glauben.

Ein auffallender Rechtsirrtum.

Nach dem Tarifvertrage für das Gastwirts-gewerbe steht den Kellnern eine fünfjährige Kündigungsfrist und als Lohn volle 10 Proz. des Umsatzes zu. Im Gegensatz zu dieser Tarifbestimmung hatte der Inhaber des Hausbootrestaurants im Luna-park von seinen Kellnern ein Schriftstück unterzeichnen lassen, wodurch sie sich einverstanden erklären mit einer täglichen Kündigung sowie mit einem Lohnabzuge von 2 Proz. zugunsten des Geschäftsführers und für die Versicherungsbeiträge.

Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses klagten die Kellner beim Gewerbegericht auf Zahlung der ihnen abgezogenen 2 Proz. sowie Entschädigung für die fünfjährige Kündigungsfrist. Sie beriefen sich darauf, daß Vereinbarungen, die zugunsten der Arbeitnehmer vom Tarif abweichen, ungültig sind.

Die Kammer 13 unter Vorsitz des Stadtrats Hippe wies die Kläger mit dieser Forderung ab. In der schriftlichen Begründung des Urteils heißt es: „Der Hinweis der Kläger, daß die tariflichen Bestimmungen nicht durch besondere Parteivereinbarungen außer Kraft gesetzt werden können, ist irrig. Der Tarifvertrag gilt nur, wenn etwas anderes nicht vereinbart ist.“

Hiernach scheint es, daß der Verfasser dieses Urteils, Stadtrat Hippe, der erst seit einigen Wochen am Gewerbegericht Berlin amtiert, gewisse gesetzliche Bestimmungen, die er als Gewerberichter anzuwenden hat, nicht kennt. Das Tarifvertragswesen ist gesetzlich geregelt durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918. § 1 dieser Verordnung bestimmt ausdrücklich, daß von den Tarifverträgen abweichende Vereinbarungen zwischen den beteiligten Personen unwirksam sind und daß an die Stelle unwirksamer Ver-

einbarungen die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages treten.

Diese Bestimmung der Verordnung vom 23. Dezember 1918 trifft im Falle der Kläger zu. Das Urteil, das die Kläger abweist, steht also in Widerspruch zum Tarifgesetz. Da das Urteil nicht berufsungsfähig ist, so kann der Nachteil, der den Klägern aus der Gesetzesunkennntnis des Richters entstanden ist, nicht wieder gutgemacht werden.

„Die Großbetriebe marschieren auf!“

Kommunistischer Kongresshumbug.

Auf der ersten Seite, unter drei Spalten breitem Balken, berichtet die „Rote Fahne“ am Freitag über wichtige Kundgebungen aus bedeutenden Berliner Großbetrieben für den „Kongress der Werktätigen“. Zuerst wird eine Betriebsversammlung der Städtischen Gaswerke am 14. September erwähnt, in der einstimmig beschlossen worden sei, drei Delegierte zu wählen, und einstimmig eine Entschädigung gefordert worden sei.

Wie stehts damit? Von etwa 900 Gaswerksarbeitern waren etwa 150, also der sechste Teil, zu der Versammlung gekommen. Von diesen 150 Versammlungsbesuchern haben 40 für den Beschluß gestimmt, die übrigen enthielten sich der Stimme. Im Zentralmagazin sind 450 Personen beschäftigt. Etwa 100 kamen zur Versammlung und mit 30 gegen 28 Stimmen bei 50 Stimmenthaltungen wurde den KPD-Parolen entsprechend beschlossen.

Die „Einstimmigkeit“ wird kontruliert, indem nur die Zustimmung geäußert werden. Doch wenn die KPD, von dieser „Einstimmigkeit“ und einem derartigen „Ausmarsch der Großbetriebe“ enttäuscht ist, dann ist ihre Bescheidenheit in diesem Punkte geradezu rührend.

Bedauerlich bleibt, daß unsere Gewerkschafts-genossen in der Versammlung am 14. September sich scheuten, offen Farbe zu bekennen und den kommunistischen Parolekämpfern das Spiel zu verderben, was in ihrer Macht lag.

Der Streik der Berliner Mühlenarbeiter dauert unverändert fort.

Gesperrte Gastwirtschaftsbetriebe. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind folgende Gastwirtschaftsbetriebe für organisierte Arbeitnehmer gesperrt: Lehrervereinshaus, (Inh. C. Seeger), Alexanderstr. 41; Deutscher Hof, (Inh. H. Krommen), Luckauer Str. 15; Kammerfalle, (Inh. H. Freyer), Teltower Str. 1/4; Haverlands Festsäle, (Inh. G. Pahl), Neue Friedrichstr. 35.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Theater der Woche.

Vom 19. bis 27. September 1926.

Vollkühnen: 19., 21., 27. Jubel, 20., 24., 25. Faust, 22., 26. Der blinde Hinkel. — Oper am Volk der Republik: 19. Krubadour, 20., 24. Oberon, 21. Carmen, 22. Der ferne Klang, 23. Wasenball, 25. Weichselinger, 26. Wälsch, 27. Die lustigen Weiber von Windsor. — Schauspielhaus (Staatstheater): 19., 22., 24., 26. Die Räuber, 20. König-Paris (sein Arcan-verkauf), 21., 23., 27. Amphitruon (am 27. sein Arcanverkauf), 25. Napoleon. — Schiller-Theater: 19., 21., 22., 23., 25., 26., 27. Die Welt, in der man sich langweilt, 20., 24. Der Gant. — Kästing-Theater: Cromwell. — Theater in der Königgräber Straße: Amoral Dilem. — Städtische Oper, Charlottenburg: 19., 22. Die Sabin, 20., 26. Nibelis, 21. Wagnerebe, 23. Die Weichselinger von Nürnberg, 24. Otto und Theopano, 25. Niue-Dame (geschlossenes Gesellschaften), 27. Der fliegende Holländer. — Großes Schauspielhaus: Von Mund zu Mund. — Theater des Westens: Der Tag nach dem Wehen. — Die Tribüne: Unterwegs. — Deutsches Künstler-Theater: Bis 24. Veronika. — Ab 25. Das große Abenteuer. — Komödienhaus: Herr von Saint-Obin. — Berliner Theater: Mit Amerika. — Trianon-Theater: Der milde Thabor. — Reibens-Theater: Das Weichselnieder. — Zentral-Theater: Kampf in der Hochzeitsnacht. — Theater in der Kommandantenstraße: Bis 23. Der schwarze Engel, Ab 24. Laufen. — Theater am Schiffbauerdamm: Das Grobmal des unbekannten Soldaten. — Komische Oper: Ariadne. — Lustspielhaus: Ruffel. — Metropol-Theater: Wieder Betrug. — Thalia-Theater: Der Bienenstich. — Oper am Lustgarten: Es geht schon besser. — Weichsel-Theater: Holmanns Fächer. — Theater in der Klosterstraße: Schreiber Bibbel. — Koff-Theater: Die Stad-nobel im Heumarkt. — Kallio-Theater: Was Liebe vermag. — Theater in der Eisenstraße: Erdbebenbündel. — Theater im Admiralspalast: Heller-Kennet: An und aus! — Wintergarten und Scala Internationales Variet. — Deutsches Theater: Andralus und der Elme. — Kammertheater: West-End (Ueber'n Sonntag). — Komödie: Die Gefangene.

Kamertagungsverstellungen. Schauspielhaus (Staatstheater): 19., 20. Doppelbühnen. — Großes Schauspielhaus: 19. Doppelbühnen, 20. Von Mund zu Mund. — Theater des Westens: 19., 20. Der Tag nach dem Wehen. — Theater in der Kommandantenstraße: 19., 20. Die städtischen Verwandten. — Koff-Theater: 25. Wälschbühl, 26. Wälschbühl. — Theater im Admiralspalast: 19., 20. Heller-Ariadne: An und aus!

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Helmut Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges: Fritz Karchhdt; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N24, Elsäßer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 65 23 u. 65 26 | Landhausstraße 4, Tel. 1, Plötzburg 931
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Warenkonfektion

Neueste Herbstkleidung zu sehr vorteilhaften Preisen!

<h3 style="text-align: center;">Seidenkleider</h3> <p>Tanzkleid Eolienne, flotte Form in zart. Pastellfarben 9 75</p> <p>Crêpe de Chinekleid mit gemalter Bordüre 12 75</p> <p>Nachmittagskleid feuchte Blusenform m. langen Ärmeln 19 75</p> <p>Frauenkleid Crêpe de Chine, kleidsame Form, in beliebigen Farben 26 50</p>	<h3 style="text-align: center;">Wollkleider</h3> <p>Herbstkleid moderne Karos mit Spitzengarnitur, mit langen Ärmeln 7 50</p> <p>Popelinekleid Reine Wolle, Tressen-Garnitur u. Faltenrock 10 75</p> <p>Rips - Popelinekleid Gute Qual., m. br. Blick., in neuen Farb. 16 50</p> <p>Ripskleid mit neuem China-senkragen und Goldbortenbesatz 19 75</p>	<h3 style="text-align: center;">Mäntel</h3> <p>Jugendlich. Mantel reinwoll. Velour, kleids. Blusenform 16 50</p> <p>Fescher Mantel la Velour de laine, blaus gearb., m. breit. Eiberette-Krag. 29 50</p> <p>Flotter Mantel reinwoll. Tuch auf Damassé, mit Pelzkragen 35.-</p> <p>Velvet - Mantel feuchte Form, mit Pelzkragen, in mod. Farben 39 50</p>	<h3 style="text-align: center;">Morgenröcke</h3> <p>Morgenrock guter Wollflausch, mit Stepperei und Blende 3 95</p> <p>Flausch-Morgenrock mit best. Kragen und Aufschlägen 7 50</p> <p>Jumper aus Pulloverstoff in verschiedenen Dessins 6 75</p> <p>Jumper aus Seidenmarocain neue Druckmuster 11 75</p>
<h3 style="text-align: center;">Kleiderstoffe</h3> <p>Jacquard-Schotten ca. 100 brt., neueste Farb., Mtr. 2 95</p> <p>Crêpe Marocain K.-Seide, ca. 100 breit. . . Mtr. 2 95</p>	<h3 style="text-align: center;">Mantel-Velours</h3> <p>Reine Wolle, 140 breit. . . Mtr. 3 95</p> <p>Jacquard K.-Seide, ca. 100 breit. Mtr. 3 95</p>	<h3 style="text-align: center;">Rips-Papillon</h3> <p>Reine Wolle, ca. 120 breit, Mtr. 6 90</p>	<h3 style="text-align: center;">Charmelaine</h3> <p>Reine Wolle, ca. 130 breit, Mtr. 8 90</p> <p>Körper-Samt florant, 70 breit. . . Mtr. 4 95</p>

Wilhelm Joseph

BERLIN, Großgörschenstr. 7 Schöneberg, Hauptstr. 163